

erschient wöchentlich  
einmal: Freitag.  
Anzeigen: Die fünfgespaltene  
Zeitung 40 Pf.  
Für die Ortsvereine 10 Pf.  
Im Abonnement nach  
Vereinbarung.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Woche

Abonnement  
vierteljährlich 1,- Mark  
bei jedem Postamt und in der  
Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreissliste.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

## Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

**Nr. 6** **Berlin, den 6. Februar 1914** **25. Jahrg.**

**Fernsprech - Amt** **Königsplatz, 4720** **Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an W. Schumacher, Greifswalder Straße 221/23, Geldsendungen an W. Zille, Greifswalder Straße 221/23, zu adressieren.** **Fernsprech - Amt** **Königsplatz, 4720**

**Inhaltsverzeichnis.** Aufruf an alle Gewerksvereiner! — Zum Kampf zwischen Krankenkassen und Ärzten. — Gesundheitschädigungen durch Betriebsunfälle. — Heimarbeit. — Ostkrieg und Bürgerkrieg. — „Der Reichstangler schützt die Christlichen!“ — Feuilleton: Wie das Handwerk entstand. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Hamburg. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

### Aufruf an alle Gewerksvereiner!

Alle Kollegen und Kolleginnen fordern wir auf, energisch mitzuschaffen, im neuen Jahre viele neue Mitstreiter für die Gewerksvereine zu gewinnen. Die Zeit ist für uns! Wir müssen sie aber erkennen, um sie zur weiteren Ausbreitung unserer Gewerksvereine gehörig auszunutzen zu können. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung hat die Gewerksvereinsideen von Erfolg zu Erfolg geführt. Wissenschaftlich überwunden sind die marxistischen Ideen vom Sozialismus und Kommunismus; als verfehlt erwiesen sich auch die Bestrebungen, die wirtschaftliche Arbeiterbewegung unter die Bevormundung der Kirche zu stellen. Überall, wo die Berufsvereine der Arbeiter durch entschlossenes Vorgehen Erfolge erzielten, beruhten diese auf Nutzbarmachung und Verwirklichung gewerksvereiner Grundzüge. Ob die gewerkschaftlichen Organisationen sich auf den Boden des Klassenkampfes stellten oder im Mantel der christlichen Weltanschauung erschienen, war ohne sachliche Bedeutung, denn immer, wenn sie etwas erreichen wollten, mußten sie nach den bewährten Grundzügen der Gewerksvereine handeln.

Das Beiwert „Klassenkampf“ und „Christentum“ hatte nur eine agitatorische Bedeutung. Der gesamten Arbeiterbewegung schadet diese Dreiteilung, denn die Arbeiterchaft kann nur dann stark sein, wenn sie einig ist!

Der Verbandstag 1913 hat uns wichtige Aufgaben gestellt. Es gilt, den freien Sonnabend-Nachmittag für Arbeiterinnen anzustreben. Die Erreichung dieses Ziels würde mit der Zeit auch für die männlichen Arbeiter den Sonnabend-Nachmittag freimachen. Wir haben in unserer Petition schon darauf hingewiesen, daß in einer erheblichen Anzahl von Fällen in den verschiedensten Industriezweigen der freie Sonnabend-Nachmittag in Anwendung gekommen ist.

Die Reichsgesetzgebung beabsichtigt eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit in den Verkaufsgeschäften, was insbesondere im Interesse der Angestellten zu begrüßen ist. Mit Recht weisen die Angestelltenverbände darauf hin, daß dies den Sonnabend-Frühschluß in Fabrik und Kontor zur Folge haben müsse und ferner, daß auch den Arbeitern der Sonnabend-Nachmittag freigegeben werden müsse, damit dieselben im Hinblick auf die kommende verstärkte Sonntagsruhe am Sonnabend-Nachmittag ihre Einkäufe besorgen können. Die Essener Handelskammer hat hiergegen aber die Firmen ihres Bezirks gebeten, diesem Ansinnen im Interesse der Vermeidung „einer Ueberspannung unserer Sozialpolitik“ nicht zu entsprechen. Neue soziale Reformen haben

also erst starken Widerstand zu überwinden, ehe sie sich einbürgern. Sätten wir nicht um Partei- und kirchlicher Interessen willen diese elende Zersplitterung in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, so würde der frühere Schluß an den Sonnabenden für die Angestellten und der freie Sonnabend-Nachmittag für die Arbeiter und Arbeiterinnen ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt sein. Der Deutsche Handelstag hat in seiner Vollversammlung vom 20. Februar 1913 aber bereits Einspruch erhoben gegen den Fünfzehrschluß für Arbeiterinnen, den wir seit 1908 bzw. 1910 haben, und verlangt, daß dem Arbeitgeber gestattet sein soll, „in besonders dringenden Fällen für die Dauer von drei Tagen sofort Ueberarbeit leisten zu lassen unter der Bedingung, daß er gleich am ersten Tage der zuständigen Verwaltungsbehörde davon Kenntnis gibt und die Erlaubnis nachträglich einholt“. Ferner wünscht der Handelstag, es solle für unzulässig erklärt werden, daß die Behörde die Erlaubnis von der Zahlung eines höheren Lohnes abhängig machen. Die Unternehmer wollen zu ihrem Vorteil die Konjunktur ausnutzen, die Arbeiter und Arbeiterinnen aber sollen daran keinen Anteil nehmen dürfen. Wie leicht würde auch hier das Interesse der Arbeitnehmer gewahrt werden können, wenn sie einig wären!

Bekanntlich hat der Deutsche Handelstag 1912 eine Umfrage bei den Handelskammern darüber veranstaltet, ob sie nicht ein Arbeitswilligengesetz einzuführen für dringend nötig hielten. Die weitaus überwiegende Zahl hat zustimmend geantwortet. Erfreulicherweise ist der auf Grund dieser Umfrage vom konservativen Abgeordneten Grafen v. Westarp gestellte Antrag, „das Streikposten stehen zu verbieten“, vom Reichstag 1913 zweimal mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden. Auch die Regierung lehnte es ab, einen Gesetzentwurf dieser Art einzubringen; wenn der Reichstag so etwas einmal wünsche, dann möge er selber die Initiative dazu ergreifen. Wer weiß, ob diese Stimmung nicht gelegentlich wieder umschlägt! Jedenfalls sollten die Arbeiter es für ihre Pflicht halten, sich zur Erhaltung ihrer Rechte in den Gewerksvereinen ein Schutzbündnis zu sichern und darum in Massen den Gewerksvereinen beizutreten.

Wir haben ferner anzustreben die Errichtung von Arbeitskammern in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse des Reichstages und die Einführung öffentlicher Arbeitsnachweise zu betreiben. Es darf in Zukunft keinen paritätischen Arbeitsnachweis mehr geben, darin wir nicht vertreten sind. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Mit-

glieder bei der Arbeitsvermittlung zurückgesetzt werden, dann müssen wir darauf sehen, daß wir in allen Arbeitsnachweisen eine angemessene Vertretung finden.

Die Frage einer Fürsorge für die Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerksvereine bleiben müssen. Die Städte haben zumest keine Courage, eine Arbeitslosenhilfe einzuführen. Bisher haben in ganz Deutschland nur erst etwa 20 Kommunen dazu den Mut gefunden. Die Städte sind vorwiegend der Meinung, daß das Deutsche Reich, das die übrige Arbeiterversicherung zwangsweise organisiert hat, auch die Arbeitslosenversicherung seinem Zwange unterwerfen müsse. Ehe es aber dazu kommt, wird noch manches Jahr vergehen. Darum ist es jetzt doppelte Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, durch Eintritt in die Gewerksvereine sich für die Zeiten der Arbeitslosigkeit zu sichern. Durch die Schaffung der Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine und durch den Ausbau unserer Verbandsterbekasse und der Sterbekassen der einzelnen Gewerksvereine, Einrichtungen, die mit verhältnismäßig geringen Beiträgen Geldbeträge bis zur Höhe von 1500 Mark den Versicherten zuführen, haben wir im letzten Jahre eine große Tat getan, die dringend der energischen Unterstützung aller Gewerksvereiner wert ist.

Im Laufe des Herbstes soll wieder ein Kursus zur Ausbildung von Verbandskollegen abgehalten werden. Für die Heranziehung geeigneter Lehrkräfte trägt der Verband Sorge. Ortsverbandskonferenzen und Konferenzen der Verbands- und Gewerksvereinsbeamten sollen veranstaltet werden, um eine größere Einheitlichkeit des Vorgehens in den verschiedenen Landesbezirken zu erzielen und Anregungen zu geben für eine lebhaftere Tätigkeit aller Gewerksvereiner für die Vermehrung der Mitglieder. Vor allem brauchen wir noch viele opferfreudige Mitkämpfer, damit die Gewerksvereinsideen mehr und mehr zu einer Verstandes- und Herzenssache aller Arbeiter und Arbeiterinnen werden.

Je rascher wir dieses Ziel erreichen, um so früher kommen wir in die Lage, unseren Einfluß zu mehren in der erfolgreichen Bekämpfung aller sozialen Nöte. Und das soll immer unsere vornehmste Aufgabe bleiben, den Arbeiterstand hinaufzuheben zur vollen bürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, zu geistiger und wirtschaftlicher Wohlfahrt!

Berlin, 16. Januar 1914.

### Der Zentralrat und die Verbandsleitung der Deutschen Gewerksvereine.

gez. Gustav Hartmann, Zentralratsvorsitzender.

gez. Karl Goldschmidt, Verbandsvorsitzender.

weilens in dieser schweren Zeit eingreifen, wo es möglich ist.

**Hoch die Solidarität!**  
**Hoch der Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands!**

Unsere Kollegen im Lande, die mitgekämpft, die mit die schweren Opfer gebracht haben, sie werden diese Zeit in der Arbeiterbewegung nicht missen wollen. Hat man auch schwere Opfer gefordert, sind sie nicht umsonst gebracht. Sehen wir uns die Ertrugenschaften der letzten Jahrzehnte an, werfen wir einen Blick auf die Lastenverträge, so müssen wir zugeben, daß die Vorteile gegenüber den Opfern jeder Prüfung standhalten können, und hierin liegt

### Die judaistische Regierung und das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Wer erinnert sich nicht noch des Burenkrieges, wo eine Gruppe von englischen Kapitalisten vermöge ihres Kapitals es fertig bekommen haben, den erbarmen Stamm des Burenvolkes durch einen vom Jaane gebrochenen Krieg zu vernichten; wer schwebt nicht noch Dym Krügers erbbare Gestalt vor Augen. Überall brachte man diesem schwer-

## Zum Kampf zwischen Krankenkassen und Ärzten.

In Braunschweig ist der Krieg zwischen der Ärzteschaft und der Ortskrankenkasse ausgebrochen. Die Vorgänge, die sich dort zurzeit abspielen, bieten ein Bild von den Unzulänglichkeiten, die wir in ganz Deutschland mit Beginn des Jahres 1914 erlebt haben. Die Bremer Abkommen die Grundlage für eine Einigung geschaffen worden wäre, welche ein friedliches Zusammengehen der Ärzte mit den Krankenkassen im größten Teil Deutschlands für einen langen Zeitraum zu gewährleisten scheint. Die Schwierigkeiten, die sich bei Beginn der Auseinandersetzung zwischen Ärzteschaft und Ortskrankenkasse in Braunschweig boten, scheinen nicht unüberwindlich zu sein. Dort war es nicht so sehr die Meinungsverschiedenheit über die Abfindung der drei von der Kassenkasse aus angestellten Ärzte, die an anderen Orten bekanntlich eine Hauptrolle spielte, als vielmehr die strikte Ablehnung der Krankenkasse, an der Beilegung der drei ärztlichen „Streitbrecher“ mitzuwirken. Es wurde von der Krankenkasse an die Ärzteschaft die Zustimmung gestellt, um diesen drei eingeschobenen Ärzten die Tätigkeit zugleich aufzunehmen. Anfangs wurde von Seiten der Ärzteschaft angenommen, daß diese Kassenforderung bei dem Widerstande, dem sie zugleich in Braunschweiger Ärzteschaft begegnete, gemildert oder dem Bremer Abkommen entsprechend zurückgezogen werden würde. Aber die Ortskrankenkasse dachte anders darüber. Sie vertrat auch weiterhin ihr unbilliges Verlangen und verhielt sich zu der Drohung, daß die Zahl der Streitbrecher einmisch erhöht und damit jedes Entgegenkommen gegenüber den Ärzten aufgegeben werden würde. Daraufhin entschloß sich die Ärzteschaft zum Abbruch der Verhandlungen und stellte jede Tätigkeit im Dienste der Kasse ein. Vertreter der Braunschweiger Ortskrankenkasse haben sich nun, da die drei zur Verfügung stehenden Ärzte für den Bedarf nicht im geringsten ausreichen, sofort nach Abbruch der Beziehungen nach Düsseldorf begeben, um dort für Braunschweig 15 ärztliche „Notbehelfer“ anzuwerben. Jedem dieser Ärzte wird von der Ortskrankenkasse ein jährliches Einkommen von 12000 Mark zugesichert und ein zehnjähriger Vertrag angeboten. Für den Fall, daß die Kasse vor Ablauf der zehnjährigen Frist an der Erfüllung ihrer Vertragspflichten verhindert werden sollte, verpflichtet sie sich, den angestellten Ersatzärzten eine Abfindungssumme von 120000 Mark auszusagen. Mit Erlaunen muß man bei einem derartigen Angebot die Tatsache feststellen, daß materielle Rücksichten für die Braunschweiger Ortskrankenkasse ansehender gar nicht ins Gewicht fallen. Liegt in dieser Handlungsweise aber nicht auch ein erschreckender Willkür gegenüber den Kassenangehörigen? Jedenfalls geht aus dem bisherigen Verlaufe des Braunschweiger Konflikts zur Genüge hervor, daß die dortige Ortskrankenkasse von vornherein eingeschlossen war, ohne jedes Verständnis für das Wohl der Gesamtheit nur ihren Nachwuchs durchzusetzen, als sie in den Kampf mit der Ärzteschaft eintrat. Sie beweist damit auch, daß die ganze Schuld an dem Braunschweiger Konflikt die Ortskrankenkasse trägt.

Wie zu befürchten war, ist in Elbing auch der Krieg zwischen Kassen und Ärzten ausgebrochen. In Anwesenheit eines Vertreters des Oberversicherungsamtes Berlin, des Versicherungsamtes Elbing, des Generalsekretärs Kuhns aus Leipzig, des Abgeordneten Ruggan und fünf Elbinger Vertreter des Leipziger Ärzteverbandes fand in Elbing eine Sitzung mit den Vertretern der Vereinigten Betriebs- und Ortskrankenkassen statt. Die Elbinger Vertreter der Ärzte-

verbandes verlangten, daß die Regierung die sechs neu angezogenen Ärzte zwingen, sich vom Leipziger Ärzteverbande austreten zu lassen. Dieser Antrag wurde nach Braunschweiger Vorbild aber abgelehnt. Es wurden daher alle Verhandlungen abgebrochen. Die Krankenkassen werden sich nun nach weiteren Ärzten umsehen.

## Gesundheitsschädigungen durch Betriebsunfälle.

Unter den Unfällen sind die durch Motoren, Transmmissionen und Arbeitsmaschinen bedingten die häufigsten. Sie führen zu Verletzungen der Arme, Beine und des Kopfes, zu Hautwunden, Amputationen, Zerfahrungen und Quetschungen. Durch fallendes Gestein kommt es namentlich im Bergbau zu Verletzungen aller Art, die nicht selten den Tod herbeiführen. Verbrennungen und Tod durch Erstickung sind die Folgen der Zerlegung explosiver Stoffe. Verletzungen der Augen und des Gesichtes ereignen sich durch abspringende Metallsplitter. Bei den Bergleuten kommen Quetschungen aller Art zur Beobachtung. Häufig sind hier auch die Verbrennungen durch Sprengmittel und Schlagwetter. Zur Verhütung der Explosionsgefahr dient heute noch als bestes Mittel der Gebrauch der Sicherheitsgrubenlampen neben den zahlreichen bergpolizeilichen Vorschriften über Ventilation und Prüfung der Wetter. Bei den Eisenarbeitern bestehen die Unfälle größtenteils in mechanischen Verletzungen; nur ein kleiner Bruchteil entsteht durch Verbrennung oder Verletzung. Bei den Hochofenarbeitern stößt man zunächst auf Explosionsverletzungen.

Nach dem Unfallversicherungsgesetze versteht man unter Betriebsunfall eine plötzliche von dem Betroffenen nicht gewollte Einwirkung eines äußeren Tatbestandes auf den Menschen, die mit dem Betriebe im Zusammenhang steht.

Die Hauptaufgabe der Unfallverhütung besteht darin, die Betriebsrichtungen so zu gestalten, daß die Möglichkeit der Herbeiführung von Unfällen durch diese Einrichtungen auf ein Mindestmaß zurückgeführt wird. In vielen Fällen ist es aber unmöglich, die Maschine, die Maschine, die Arbeitsmaschine, so mit Schutzvorrichtungen zu umgeben, daß sie zu einem absolut gefahrlosen Werkzeug wird. An jede Schutzvorrichtung muß in erster Linie die Forderung gestellt werden, daß sie handlich und so angeordnet ist, daß sie die eigentliche Arbeitsverrichtung möglichst wenig hindert. Betriebsunfälle lassen sich, davon abgesehen, auch schon deswegen niemals völlig aus der Welt schaffen, weil ein erheblicher Teil auf das Verschulden der Arbeiter fällt. Infolge von Unachtsamkeit, Nachlässigkeit, Handeln gegen bestehende Schutzvorschriften, Leichtsinn, die Nichtbenutzung oder Befestigung vorhandener Schutzvorrichtungen. Die Ursache hieran liegt teilweise in dem Gange der Menschen am allhergebrachten festzuhalten, oft setzt der Arbeiter auch eine Art Stolz darin, der Gefahr zu trotzen. Am meisten aber fällt ins Gewicht, daß der feste Umgang mit der Gefahr naturnotwendig das Bewußtsein für dieselbe abstumpft. Es muß daher die Schutzvorrichtung so eingerichtet sein, daß es dem Belieben des Arbeiters entzückt ist, ob er dieselbe in Funktion treten lassen will oder nicht.

Eine Anzahl von Unfällen ereignet sich infolge mangelhafter und fehlerhafter baulicher Einrichtungen, z. B. durch Fall auf ebener Erde infolge Ungleichheit. Eine beträchtliche Zahl dieser Unfälle würde durch geeignetes Fußbodenmaterial und geeignete Beleuchtung vermieden werden können.

Wie die bewegten Teile des Motors, so müssen auch alle bewegten Teile der Transmmissionen, welche so belegen sind, daß Menschen bei der Arbeit oder beim Verkehre in Verbindung mit denselben geraten können, mit Schutzvorrichtungen umgeben sein. Ein großer Teil der Unfälle entsteht hier dadurch, daß der Arbeiter die in Bewegung befindlichen Teile der Transmmission zu reinigen oder zu schmieren sucht. Von allen Unfällen an Transmmissionen kommt weit über die Hälfte auf Manipulationen des Auflegens des Riemens auf die Riemenscheibe. Dieses Auflegen der Riemen ist eine der häufigsten Verletzungen, die im Fabrikbetrieb vorkommen und leider wird dieselbe heute noch vielfach während des Ganges der Wellenleitung von dem Arbeiter mit der Hand ausgeführt. Dabei wird nur zu häufig zunächst der Arm des Betreffenden von dem Riemen nachgezogen, von letzterem fast gegen die Welle oder die Riemenscheibe gepreßt, dann wird der ganze Körper mitgerissen und der Unglückliche, den dieser Unfall trifft, erleidet die schwersten, oft tödlichen Quetschungen.

Die Unfälle an Fahrstuhlanlagen im eigentlichen Fabrikbetrieb ereignen sich vornehmlich durch Sturz in den Schacht, häufig infolge der irrigen Annahme des Betreffenden, der Förderkorb befände sich an der Einsteigestelle. Viele Unfälle entstehen dadurch, daß das den Förderkorb tragende Seil reißt und dieser abfällt. Um einen abgerissenen Förderkorb vor dem Abstürzen zu bewahren, muß eine sicher wirkende Fangvorrichtung gefordert werden, welche den Korb auffängt, wenn das Zugorgan reißt. Die Unfälle verteilen sich, bei allen Betrieben durcheinander gerechnet, auf die einzelnen Monate ziemlich gleichmäßig. Von den Tageszeiten sind die Vormittagsstunden von 9-12 Uhr und die Nachmittagsstunden von 3-6 Uhr in höherem Maße mit Unfällen belastet. Dabei ergibt sich, daß die Zahl der Unfälle mit der allmählich eintretenden Ermüdung und Abspannung der Arbeiter außerordentlich rasch zunimmt. Am Montag-Vormittag, 9-12 Uhr, tritt eine weitere durchschnittliche Steigerung von 0,84 % und für Sonnabend-Nachmittag von 3-6 Uhr eine solche von 4 % ein.

Schuld an der Zunahme der Betriebsunfälle trägt der Umstand, daß die Arbeitsintensität immer mehr vermehrt wird und infolge der großen Zahl der Betriebsgefahren von den Arbeitern nicht genügend Rechnung getragen wird. Auch ist die Veranlassung der Benutzung der einmal vorhandenen Schutzvorrichtungen oft sehr mangelhaft und es ist nicht selten, daß die Arbeiter letztere außer Tätigkeit setzen, wenn sie sich in ihrer Arbeit dadurch behindert fühlen.

Eine erhöhte Unfall- und Krankheitsgefahr wird darin erblickt, daß die mit gefährlichen Arbeiten bedachten Personen ihre Arbeiten immer unbedächtiger und mechanischer ausführen, es also an der nötigen Aufmerksamkeit fehlen lassen, die erforderlich ist, um Unfälle an gefährlichen Maschinen zu vermeiden. Ein regelmäßiger Arbeiterwechsel innerhalb ein und desselben Betriebes würde daher manchen Vorteil bringen. So wird es z. B. von Nutzen sein können, wenn die in den gefährlichen Abteilungen der Anilinfabriken, Bleichhöfen und anderen Betrieben tätigen Personen zeitweise abgedöst und anderweit in weniger gefährlichen Abteilungen beschäftigt werden. Technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten machen aber oft einen solchen Arbeiterwechsel unmöglich. Andererseits ist auch nicht zu verkennen, daß bestimmte gefährliche und gesundheitschädliche Arbeiten am vorteilhaftesten stets von den eingehend damit vertrauten Personen vorgenommen werden, wie dies bei zahlreichen Betriebsarten bestätigt werden kann.

## Wie das Handwerk entstand.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Freie und unfreie Arbeit. — Handwerk und Hauswerk. — Die Teilung der Arbeit. — Eros und Frohdorf. — Der leidige Arbeiter des Mittelalters. — Die Arbeit gegen Lohn. — Das Lehner. — Markt und Stadt, Stadt und Handwerk. — Die Verteilung des Handwerks.

In der Geschichte und Entwicklung der menschlichen Arbeit haben wir zu unterscheiden zwischen der Technik der Arbeit und der Organisation der Arbeit. Beide sind aufs engste miteinander verknüpft, so daß wir sagen können, daß die Geschichte und Organisation der Arbeit zugleich auch eine der wichtigsten Kapitel der Geschichte der Technik ist. Am anschaulichsten finden wir diese enge Verknüpfung zwischen Technik und Organisation der Arbeit in der Entstehung des Handwerks ausgebrückt.

Die Entstehung des Handwerks ist nicht nur eine der interessantesten, sondern auch zugleich eine der wichtigsten Kapitel in der Geschichte der menschlichen Arbeit und Kulturgeschichte, und zwar insofern, als durch sie die gewerbliche Arbeit zum ersten Male aus dem Bereich der hauswirtschaftlichen Unterwelt in die Welt der öffentlichen Arbeit, in die Welt der Produktion und Konsumtion trat und zur vollgültigen und selbständigen Form der menschlichen gesellschaftlichen Tätigkeit gelangte. Die Entstehung des Handwerks ist also die erste Stufe der gesellschaftlichen Arbeit und der menschlichen Kulturgeschichte. In diesem Sinne ist das Handwerk ein Wendepunkt in der Kulturgeschichte, sondern überhaupt der allgemeinen Kulturentwicklung der Menschheit, be-

deutete sie im besonderen den ersten Anjan der modernen bürgerlichen Wirtschaftsordnung, der für deren spätere großartige technische wie soziale Entwicklung grundlegend war.

Wenn wir die Entstehung des Handwerks als einen Akt der wirtschaftlichen Entwicklung erklären und verstehen wollen, so müssen wir uns zunächst mit dem dem Handwerk vorangehenden Formen der Arbeits- und Wirtschaftsweise befassen. Die Wirtschaftsform des Handwerks repräsentiert selbst in ihrer ersten und noch niedrigsten Form doch schon eine verhältnismäßig hohe Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, deren wesentlicher Charakteristikon darin besteht, daß der Produzent, also der Handwerker, nicht für den eigenen Bedarf, sondern für den Markt, und zwar im wesentlichen für den lokalen Markt produziert, auf dem die Erzeugnisse durch Kauf und Verkauf an die wirklichen Verbraucher gelangen. Wir wissen jedoch, daß auf einer früheren bzw. niedrigeren Stufe der wirtschaftlichen und allgemeinen Kulturentwicklung der Menschen, bedingt durch die ebenfalls noch niedrige Stufe der technischen Entwicklung, die Verbraucher sämtliche für ihren Bedarf notwendigen Arbeiten selbst verrichten und sämtliche Gebrauchsgegenstände, seien es landwirtschaftliche, seien es gewerbliche oder industrielle Erzeugnisse, selbst erzeugten. Wir finden diese Wirtschaftsform bei allen Kulturovölkern des Altertums als die bestehende Form der Arbeitsweise, finden sie heute noch bei vielen Naturvölkern und wissen, daß sie selbst in den modernen Kulturländern noch nicht ausgestorben ist, sondern sich in gewisser Form, namentlich auf dem Lande, teilweise bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Die moderne Volkswirtschaftslehre hat diese Form der Arbeitsweise im Gegensatz zum Handwerk als „Hauswerk“ bezeichnet. Der Gebrauch ist die einzelne Familie, die sämtliche für ihren Gebrauch not-

wendigen Gegenstände selbst erzeugt. Wie bereits erwähnt, hat sich diese Arbeitsweise, obwohl sie eine sehr niedrige Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, selbst in den fortgeschrittensten Kulturländern zum Teil noch erhalten. Die Wirtschaftsweise der bukowinischer Bauern beispielsweise gibt heute noch ein ziemlich getreues Bild über als Hauswerk bezeichneten Arbeitsform. Der bukowinischer Bauer besorgt sich seine Lebensbedürfnisse, wie der Volkswirtschaftslehrer Komodorfer schildert, alle selbst. Er baut sich sein Haus selbst, indem er sowohl die Arbeit des Maurers, wie auch des Zimmermanns und Dachdeckers verrichtet, während sein Weib das Bemörteln der Wände, das Stampfen und Belegen des Fußbodens und noch verschiedene sonstige Arbeiten am Hausbau ausführt. Für seine ferneren Bedürfnisse versieht und verrichtet das Ehepaar sowohl den Anbau der Gespinnstpflanzen, die Aufzucht des Schafes, die Anfertigung der Bett- und Kleidungsstücke aus Wolle, Leinen, Pelzwerk, Leder, Filz oder Strohflecht und erzeugt selbst die Farbstoffe aus den eigens zu diesem Zweck gezogenen Pflanzen, wie es auch die einfachen Handwerkszeuge, die Ackerwerkzeuge und die verschiedenen Gerätschaften für die Wirtschaft und Küche herstellt, deren es bedarf. Diese Form der Arbeits- und Wirtschaftsweise erklärt sich durch die hier noch vorhandene niedrige Lebensweise und durch die geringe technische Entwicklung der Arbeit. Die Lebensweise ist eine noch äußerst niedrige, die Zahl der Gebrauchsgegenstände für Wirtschaft und Haushalt ist eine verhältnismäßig geringe, und diese wenigen Gegenstände selbst sind noch von denkbar einfachster, ja primitiver Form, erfordern also weder viel noch schwierige Arbeit zu ihrer Herstellung. Diese wenigen und geringen Bedürfnisse können sehr wohl durch die Arbeit eines einzigen befriedigt werden, wie wir es an diesen Bauern sehen. (Fortsetzung folgt.)

Die deutsche Ausgabe dieses Buches ist erschienen bei der Verlagsbuchhandlung von G. Reimer, Berlin, Unter den Linden 22, Preis 1,50 Mark.

## Englisch — Italienisch

oder italienische Zeitung. Dann eignen sich ganz besonders die vorzüglich redigierten, bestempfohlenen zweisprachigen Lehr- und Unterhaltungsblätter.

Le Traducteur  
The Translator  
Il Traduttore

Pre-annunciam. Per Franco. Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

unter dem Namen „Ernst Schulze“ der Direktor

## Ernst Schulze

im 54. Lebensjahre.

Er ist seinem Andenken!

Die Verwaltung des Ortsvereins Berlin.

Sind die Arbeiter sorglos gewesen und durch eine Arbeitsweise oder einen Arbeitsstoff geschädigt worden, so werden sie in Zukunft viel vorsichtiger zu Werke gehen und nicht mehr so leicht die gebotenen Vorsichtsmaßnahmen außer acht lassen, wie dies bei dem Neuling fast immer der Fall ist. Dr. Curschmann-Greppnawerte verneint auf Grund seiner praktischen Erfahrungen die Frage, ob Arbeiterwechsel wirklich ein Vorbeugemittel gegen Unfälle ist, wenigstens, soweit die chemische Industrie in Frage kommt. Die alten und längere Zeit an der gleichen Stelle beschäftigten Arbeiter kennen die Gefahren des Betriebes aus eigener Erfahrung und können sich auch besser dagegen schützen. Das trifft für die meisten Fälle sicher zu, wie aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgeht. Besonders bezeichnend ist unter anderem die Chromfabrikation, wo die Zahl der Erkrankungen stets mit der Zunahme des Arbeiterwechsels ansteigt.

## Heimarbeit.

XIV.

### Schluss.

Aus den vorherigen Aufsätzen geht hervor, daß eine vielseitige Heimarbeit in der Holzindustrie vorhanden ist. Betrachten wir die geschilderten Arbeits- und Verhältnisse, so müssen wir wiederholen, daß die Heimarbeiter die längste Arbeitszeit und das geringste Einkommen haben. In den meisten Fällen wird auch dieses Einkommen nur erreicht, weil Frauen und Kinder mitarbeiten. Wir wollen zugeben, daß eine gelegentliche geringe Beschäftigung der Kinder diesen nichts schadet; es kommt ganz darauf an, was sie für Arbeit verrichten. Wenn aber, wie nachgewiesen, ein großer Prozentsatz der Kinder tagtäglich bis in die späte Nacht hinein arbeiten muß, so wird dadurch ihre Jugendzeit zerstört. Sie haben keine Ahnung von fröhlichen Stunden, die andere Kinder erleben; ihr Dasein ist ein freudloses. Ihre trüben Augen erzählen von Entbehrungen aller Art, es fehlt ihnen Sonnenschein, Liebe und Wärme.

Wenn auch durch das Kinderschutzgesetz schon manches besser geworden ist, so macht doch auch heute noch die Gesetzgebung praktisch vor der Familie Halt. Wer will die Arbeit der eigenen Kinder kontrollieren? Wer will feststellen, wie lange sie arbeiten? Und ist es nicht die Not der Eltern, der Familie, die dazu treibt, jedes Paar Hände mit anzupacken in einlötiger Arbeit?

Die Heimarbeiterfrage ist eine Lohnfrage. Unterernährung dürfte kaum irgendwo in dem Umfange vorhanden sein, wie bei den Heimarbeitern. Der mangelhafte Verdienst ist die Ursache aller vorhandenen Uebelstände. Die Lohnfrage ist Wohnfrage, Magenfrage ist alles. Was nützen Bestimmungen über Beschaffenheit der Arbeitsräume, wenn kein Geld für größere und bessere Wohnungen vorhanden ist? Wem hilft ein Verbot der Einschränkung der Kinderarbeit, wenn nur eine Schmälerung des Einkommens dadurch erzielt wird?

Die einzige Möglichkeit, bessere Verhältnisse herbeizuführen, ist die Selbsthilfe. Viele Heimarbeiter vertreten den Standpunkt: „Uns kann niemand helfen“. Sie haben kein Vertrauen zur eigenen Kraft, weil sie in ihrem Abhängigkeitsverhältnis den Kaufmann, den Händler fürchten. Die Angst, es könnte noch schlimmer werden, läßt manche gar nicht daran denken, sich auf sich selbst zu bestimmen. Es ist eine eigenartige Sache, wenn jemand lediglich von außen gezwungen werden soll, ein besseres Dasein zu führen. Und wieviel könnten sie durch die Organisation erreichen? Vorbedingung ist: „Die Heimarbeiter müssen selbst wollen“. Der Wille ist ausschlaggebend.

Wie oft wird nicht das Los der Heimarbeiter noch verschlimmert durch raffinierte Ausnutzung ihrer Notlage. Bei den meisten Heimarbeitern, z. B. im Erzgebirge und im Sonneberger Bezirk, tritt schon vor Weihnachten die stille Saison ein; dann wird auf Vorrat gearbeitet. Wenn der Heimarbeiter oder seine Angehörigen einen Korb Ware bringen, so wird ihnen vielfach die Antwort: „Ich kann nichts gebrauchen, es ist zu viel Ware da“. Weil die Familie leben muß, ist der Heimarbeiter gezwungen, billiger zu verkaufen. Auch zu anderen Zeiten bringen es die Händler fertig, den Preis zu drücken. Für „alte Muster“ steht der Preis im allgemeinen fest, weil der betreffende Artikel schon Jahre oder Jahrzehnte lang angefertigt wird. Sollen aber „neue Muster“ angefertigt werden, so tritt die Konkurrenz der Heimarbeiter unter sich in die Erscheinung, wenn auch meistens unbewußt. Der Händler fordert den Preis, da der Heimarbeiter nicht lange Zeit zum Ueberlegen hat, bestimmt er denselben. Dieser kommt dem Händler oder dessen Vertreter zu hoch vor, und er sagt, daß er diesen Artikel von Seifen billiger beziehen könne. Der harmlose Heimarbeiter geht auf diesen Reim und macht die Arbeit zu dem angebotenen Preise. Ob die Behauptung richtig ist, daß die Seifener so billig arbeiten, wird gar nicht geprüft; es wird geglaubt. Der eine schimpft dann auf den andern, daß er so billig arbeitet, in Wirklichkeit ist es gar nicht der Fall. Die Heimarbeiter werden gegen einander ausgespielt, jeder Handelskniff und mag er noch so unehrlich sein, wird als bare Münze genommen. Die Leidtragenden sind die Heimarbeiter, der lachende Dritte ist der Händler, hier helfen die Lohnzettel nichts.

Diese Art der Ausbeutung kommt so häufig vor,

daß viele Heimarbeiter glauben, nur wenn sie billig arbeiten, erhalten sie Aufträge. Man macht ihnen plausibel, in Nürnberg oder Sonneberg wird billiger geliefert und sie glauben es. Es wird gedroht: „Wenn ihr nicht zu dem und dem Preise liefert, lassen wir die Sachen in der Fabrik herstellen.“ In Wirklichkeit wird der Unternehmer so wie so alles in der Fabrik bestellen, was er dort billiger bekommt. Heimarbeit erhält sich bloß wegen ihrer Billigkeit.

## Deltruf und Bürgerkrieg.

Wer die Nachrichten über den Bürgerkrieg in Mexiko verfolgt, wird sich wohl schon einmal die Frage vorgelegt haben, ob wirklich nur der Ehrgeiz Huertas solch blutige Kämpfe zu entfesseln vermochte. Da man über die wahren Ursachen des Blutvergießens nur wenig erfährt, wird doch aber, wer gelernt hat, die großen geschichtlichen Ereignisse der Völker mit den Augen der Bodenreform zu betrachten, sich auch ohne spezielle Kenntnis der Verhältnisse schon lange gesagt haben, daß auch hier der Kampf um eine Grundrente das wesentliche sein müsse.

Darum ist ein Artikel von Th. Welters im letzten Heft der „Bodenreform“ unter dem Titel „Die Ursachen der Wirren in Mexiko“ von hochaktuellem Interesse. Welters schreibt u. a.:

„So war der Kampf der Engländer gegen die Vuren wesentlich ein Kampf um die Gold- und Diamantenfelder in Transvaal. Die Kämpfe zwischen Amerika und Spanien um Kuba galten in der Hauptsache dem Besitz der Zuder- und Tabakfelder der Insel. Die letzten Kriege auf dem Balkan waren ein Ringen der bodenbearbeitenden Schichten gegen die Herrenklasse, die nichts mehr für die Sicherheit des Landes tat, aber ihre alten Ansprüche auf einen großen Teil des Bodenertrages zu behaupten suchte.“

Die Ursache der unaufhörlichen Wirren in Mexiko liegt aber in dem gewaltigen Einfluß, den die nordamerikanische Großkapitalistengruppe der Rockefeller im Kampf um die Oelrechte des Landes auf einen Teil der Bevölkerung zu erlangen gewußt hat. Der nordamerikanische Oeltruf, der — abgesehen von den Oelquellen der Rothschilds in Rußland — bisher fast der ganzen Welt seine Preise vorschrieb, hat nämlich in neuerer Zeit in der mit englischem Kapital arbeitenden „Pearson-Gesellschaft“ in Mexiko einen gefährlichen Konkurrenten erhalten, dem vom früheren Präsidenten Diaz weitgehende Konzessionen eingeräumt worden sind. Welters schreibt darüber: „Dies war für die Rockefeller die Lösung zum Kampf, bei dem kein Aufwand an Geld gescheut wurde. Mit welchem Erfolg, ist bekannt. Diaz mußte fliehen. An seine Stelle trat Madero, nach dessen Ermordung aber Huerta die Gewalt an sich riß. Dieser verfolgt nun die Politik Diaz's. Erneuter Kampf war die notwendige Folge.“

Nun hat aber durch die weittragende Erfindung des Dieselmotors das Oel auch als Betriebsmaterial für die Flotten eine gewaltige Bedeutung gewonnen. Das hat man ganz besonders in England erkannt, dessen Kohlenvorräte wohl am ersten zur Neige gehen dürften. Daraus erkennt man un schwer, woher es kommt, daß England Huerta so weit als möglich zu unterstützen sucht — allerdings mit der gebotenen Rücksicht auf die Regierung der Vereinigten Staaten. Welters sieht zum Schluß seines Aufsatzes die Lage in Mexiko allerdings sehr pessimistisch an, indem er meint, daß auch hier das Großkapital siegen und durch Aufrichtung eines Weltmonopols den Konumenten aller Kulturstaaten so hohe Oelpreise diktiert werde, daß die für den jetzigen Kampf verausgabten Summen sich mit Zins und Zinseszins decken werden.

Da das für den Automobilverkehr und die Luftschiffahrt ganz unentbehrlich gewordene Benzin und das für den Haushalt so wichtige „Solonol“ usw. aus dem Rohöl gewonnen werden, müßte ein Welt-Oeltruf für die Zukunft sämtlicher Kulturstaaten von grabezu verhängnisvoller Wirkung sein. Ich wisse auf diesen Punkt noch ganz besonders hin, damit ein jeder sich ein klares Bild davon machen kann, wohin es führen muß, wenn die Staaten ihre Bodenschätze der schrankenlosen Willkür des Privatkapitals ausliefern. Hätte Diaz die Oelquellen des Landes nicht ausländischen Kapitalisten ausgeliefert, so wäre es auch schwerlich zum Bürgerkriege gekommen, dem nun Tausende von Menschen zum Opfer fallen. Und wieviel Steuern hätte der Staat seinen Bürgern erlassen können, wenn es die Förderung seiner Oelrechte selbst in die Hand genommen hätte!

Die hohe Grundrente auf Kosten der Allgemeinheit, das ist es, was eine Handvoll Großkapitalisten dazu getrieben hat, aufs skrupelloseste einen blutigen Bürgerkrieg zu entfachen. Und in ihrer Beschränktheit zerstreuen sich die irregeleiteten Volksgenossen gegenseitig, während die Milliardäre sich vergnügen die Hände reiben.

Wann werden doch die Völker die Wahrheitslehren der Bodenreform begreifen, um in ihrem Lichte einer besseren Kulturpoche entgegen zu gehen!

Karl Kuhl.

## „Der Reichskanzler schützt die Christlichen!“

ruft die „N. N. Ztg.“ und zitiert dafür einige Äußerungen eines Geistlichen, der zur kölnischen Zentrumsparlei gehört. In der „Kölnischen Korrespondenz“

werden jene Äußerungen veröffentlicht. Die päpstlichen Pfingst-Telegramme des Jahres 1912, die eine sehr entschiedene Bevorzugung der Berliner katholischen Fachabteilungen durch den Vatikan deutlich erkennen lassen, hätten im Reichskanzlerpalast große Aufregung hervorgerufen. Man habe in Berlin befürchtet, daß durch die Bevorzugung der katholischen Fachabteilungen eine Schwächung der Christlichen und eine Stärkung der Sozialdemokratie hervorgerufen würde. Durch Telegramm habe der Reichskanzler den Abgeordneten Trimborn zu sich gerufen und da sei im Palast des Reichskanzlers darüber beraten worden, was in Rom zu Gunsten der Christlichen geschehen könne, damit der Eindruck der Pfingsttelegramme abgeschwächt oder ganz verwischt werden könne. Man sei sich darüber einig geworden, daß am besten die Intervention eines Bischofs nachgesucht werde. Aber welchen Bischof sollte man wählen? Vom Kardinal Fischer sah man ab; in Frage kamen Dr. Schulte von Radernborn und Bischof Vertram von Hildesheim und auf letzteren einigte man sich. Dieser Vorgang könne zugehenlich bekundet werden.

Die „N. N. Ztg.“ macht hierzu noch darauf aufmerksam, daß die christlichen Bergarbeiter für die der Reichskanzler doch auch eingetreten ist, bald darauf nach ihrer Generalversammlung einen Aufruf erlassen hätten, der dem sozialdemokratischen Verband der Bergarbeiter ein Bündnis anbot. Die Verbände, die seit dem letzten Streik in heftiger Fehde lagen, sollten nun zusammengehen. Der alte Verband und der Deutsche Gewerkschaften der Bergarbeiter lehnten das ab. Nun suchte man die ganze Angelegenheit abzu schwächen, als ob es niemandem ernst gewesen sei mit dem Aufruf zum Bündnis. Neuerdings erklärt aber der christliche „Bergknappe“, daß jener Aufruf ehrlich gemeint gewesen sei, die Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen für wirtschaftliche Zwecke ins Leben zu rufen. Spöttweise bemerkt die „N. N. Ztg.“ zu dieser Erklärung, daß es also eine ehrliche Absicht der „braven christlichen Bergarbeiter“ gewesen sei, „mit Hilfe der Sozialdemokraten gegen das Unternehmertum Sturm zu laufen.“ Wenn auch die „N. N. Ztg.“ bei diesem Spott ihre scharfmacherischen Geistes verrät, so ist er doch nicht übel angebracht. Denn es bleibt für immer unverständlich, wie die christliche Bergarbeiterorganisation 1912 beim Streik die anderen Verbände schmähtlich im Stich ließ und nachher eine Arbeitsgemeinschaft (d. h. doch auch Kampfgemeinschaft) diesen anderen Vereinen anbot. Der Herr Reichskanzler wird daraus gelernt haben, daß es seines Amtes nicht sein kann, die christlichen Gewerkschaften, die auch evtl. mit den Sozialdemokraten gehen, gegen den Papst zu schützen.

Gegen kirchliche und parteipolitische Bevormundung schützen sich die Arbeitervereine am besten selbst, wenn sie diese von sich abwehren. Erst müssen die Arbeiterorganisationen sich völlig partei- und kirchenpolitisch unabhängig machen, dann gibt es nur einheitliche Arbeiter- und Berufsvereine, die stark und mächtig sein werden auch ohne päpstlichen Schutz oder Trutz und ohne Hilfe des Herrn Reichskanzlers. Eine einheitliche freie unabhängige Gewerkschaftsbewegung auf nationalem Boden muß das Ziel der Arbeiterbewegung in Deutschland sein.

## Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Str. Frankfurter Str. 59. — Anstände kostenlos.

### Angemeldete Patente:

Nr. 341. F. 36 716. Ausziehlich mit rolladenartigen Verlängerungsplatten. G. Fritsche & Co., Liegnitz. Angem. 21. 6. 13.

### Erteilte Patente:

Nr. 341. 270 080. Ausziehlich; Zus. g. Pat. 244 177. Hermann Weltwig, Stuttgart. Angem. 27. 6. 13.

Nr. 341. 270 208. Tisch für Gärten. Otto Söhme, Halle a. S. Angem. 10. 6. 13.

Nr. 75 a. 270 300. Vorrichtung zum Maserieren von Profilleisten. Alexander Kern, Stuttgart. Angem. 14. 12. 09.

### Gebrauchsmuster:

Nr. 341. 583 906. Vorrichtung zum Verbinden von Holz, insbesondere von Möbelleisten durch Verschraubung. Heinrich Busch, Hagen i. W. Angem. 2. 12. 13.

Nr. 341. 584 206. Anhängbares Regal mit verstellbaren Fachböden. Karl Welsch, Hamburg. Angem. 16. 12. 13.

Nr. 341. 584 430. Möbel aus gedämpften Buchenholzbletern. Alfred Fischer und Max Fritsch, Berlin. Angem. 17. 12. 13.

Nr. 341. 584 434. Möbel-Rugelrolle mit Einlag-Lagerchale. Weinhardt & Just, Hannover. Angem. 17. 12. 13.

Nr. 38 d. 584 394. Rutenfräseapparat. Karl Friedr. Walz Stuttgart. Angem. 4. 8. 13.

Nr. 38 e. 583 826. Winkelanschlag zum Hobeln von Zugen. Hubert Paschen, Mülheim a. Rh. Angem. 11. 12. 13.

Nr. 38 e. 583 387. Ausschlagscheibe. Geringswalder Werkzeugfabrik. Karl Wünsch, Geringswalde i. S. Angem. 17. 10. 13.

Nr. 34 g. 584 648. Verstellbarer Sitz- und Liegestuhl. Ferdinand Bendig Söhne Akt.-Ges. für Holzbearbeitung, Berlin. Angem. 5. 12. 13.

## Die südafrikanische Regierung und das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Wer erinnert sich nicht noch des Burenkrieges, wo eine Gruppe von englischen Kapitalisten vermöge ihres Kapitals es fertig bekommen haben, den eifrigen Stamm des Burenvolkes durch einen vom Jaune gebrochenen Krieg zu vernichten; wie schwer nicht noch Oym Krügers erhabene Gestalt vor Augen. Ueberall brachte man diesem schwer-

gerigens in dieser schweren Zeit eingreifen, wo es möglich ist.

### Hoch die Solidarität!

Hoch der Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands!

den Burenkationen demütbar machen.

Unsere Kollegen im Lande, die mitgekämpft, die mit die schweren Opfer gebracht haben, sie werden diese Zeit in der Arbeiterbewegung nicht missen wollen. Hat man auch schwere Opfer gebracht, so sind sie nicht umsonst gebracht. Sehen wir uns die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte an, werfen wir einen Blick auf die Löhnerträge, so müssen wir zugeben, daß die Vorteile gegenüber den Opfern jeder Fälschung standhalten können, und hierin liegt

Al. 34 g. 585 096. Verlegbarer Stuhl. Vereinigte Möbelfabriken „Germania“ Akt.-Ges. Bad Lauterberg i. Harz. Angem. 22. 11. 13.  
Al. 34 i. 585 345. Drehbarer Kleiderkasten. August Schmidt, Wien. Angem. 24. 9. 13.

**Aus den Ortsvereinen.**

**Hamburg.** (Jahresbericht des Arbeitersekretariats.) Durch die Teilung des Bremer Bezirks wurde am 1. April 1913 die Errichtung des Hamburger Sekretariats möglich und ging damit ein lange gehegter Wunsch der Hamburger Kollegen in Erfüllung. Die Hoffnungen, die die Kollegen auf das Sekretariat gesetzt haben, sind für das Jahr 1913 in Erfüllung gegangen, wir sind erstarkt im Innern und nach außen. Zahlenmäßig kommt die Tätigkeit der Hamburger Kollegen und des Sekretariats durch folgendes zum Ausdruck: 278 Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen machten sich notwendig, davon waren 6 öffentlich — 84 Mitglieder-, 66 Bezirksversammlungen, 59 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, 63 Verhandlungen mit Arbeitgebern und deren Organisationen wegen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, oder wegen Arbeitsvermittlung, bei insgesamt 22 Firmen. Beteiligt waren wir an der Klemper-, Heizungs-, Maler- und Werftarbeiterbewegung, des fernerer beim Elektrizitätswerk Cong., mit insgesamt 477 Kollegen. Abgesehen von der Werftarbeiterbewegung, brachten die anderen Bewegungen den Kollegen Verbesserungen in bezug auf Löhne, Arbeitszeit und Behandlung. Eine Schilderung der Werftarbeiterbewegung können wir uns sparen, die Vorgänge sind noch in frischer Erinnerung. Der Presse haben wir große Aufmerksamkeit geschenkt. 72 Artikel sandten wir an 9 verschiedene Zeitungen, die fast alle Aufnahme fanden. Flugblätter verteilten wir 17500. Die Korrespondenz bestand aus 1159 Einläufen und 2015 Ausläufen. Das Sekretariat wurde innerhalb der 9 Monate von 5196 Personen aufgesucht, wovon 2886 die Rechtsanwaltskanzlei benutzten. Schriftliche Auskünfte wurden 350 erteilt. 338 Schriftstücke wurden hergestellt. Von den Auktionsstudierenden waren 494 immatrikuliert. Am Gewerbe-, Kaufmanns- und Amtsgericht mußten wir 14 Termine wahrnehmen; erzielt wurden 2 Zeugnisse und 635 57 Mark. Ein Termin vor dem Schiedsgericht für das Brauereigewerbe, das Resultat war 2 Mark Lohnerhöhung pro Woche für einen Kollegen. Das Sekretariat fertigte außerdem 8340 Einladungen und 480 große Schriftstücke. Die Arbeitsnachweisfrage ist wichtig und verdient eine glückliche Lösung, welche ein gutes Agitationsmittel. Wir haben derselben große Aufmerksamkeit geschenkt und durch schreie und brampie Vermittlung nicht allein den Hauptkassen viel Geld geblieben, sondern auch manches neue Mitglied gewonnen. Der Arbeitsnachweis wurde benutzt von 502 Personen, von denen 219 Stellung erhielten. Der Ortsverein der Maschinenisten hat einen besonderen Arbeitsnachweis, der gut floriert; der Ortsverein der Maler ist dem partiatischen Arbeitsnachweis für das Malergewerbe angeschlossen. Arbeiterauschüßmitglieder haben wir bei 7 Firmen, zum Teil in der Majorität. Die Hamburger Organisationen haben durch die leidige Werftarbeiterbewegung einen schweren Schlag erhalten und berichten die Konkurrenzorganisationen entweder von Stillstand oder Rückgang. Wenn wir trotz alledem unseren Mitgliederbestand um circa 25 % vermehren konnten, so ist dieses ein Beweis dafür, daß die Hamburger Kollegen auf dem Posten gewesen sind. Neuaufgenommenen wurden 185 Kollegen, von den sozialdemokratischen Verbänden traten 184 zu den Gewerksvereinen über, von anderen Verbänden traten über oder reisten zu, 131 Kollegen. Bergedorf wurde aus einer Zählstelle ein starker Ortsverein, der Orts-

verein Altona bildete sich aus Mitgliedern des Ortsvereins der Maschinenbauer Hamburg. Der Ortsverein der Schumacher und Lederarbeiter schloß sich dem Sekretariat an. Die Jugendabteilung entwickelte reges Leben; es muß allerdings gesagt werden, daß die Mitgliederzahl nicht befriedigend kann und sollen die älteren Kollegen sich in diesem Punkte mehr an ihre Pflicht erinnern. Wir können also mit der Mitgliederbewegung zufrieden sein und wird es an den Kollegen liegen, auch im laufenden Jahre ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Die Einnahmen des Sekretariats betrugen 3730,42 Mark, die Ausgaben 3616,27 Mark, es verblieb ein Bestand von 214,15 Mark. Allen Kollegen, die uns unterstützen haben, sei auch an dieser Stelle gedankt.

**Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.**

**Die 14. Generalversammlung** des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands wird hiermit für **den 7. Juni 1914 und folgende Tage** einberufen. Die Verhandlungen finden in Berlin im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223 statt.

**Wahlkreiseinteilung.** Nach den Bestimmungen des Statuts besteht die Generalversammlung aus 20 Abgeordneten, welche in besonders hierzu eingeteilten Wahlbezirken zu wählen sind. Jedem Ortsverein ist eine derartige Wahlkreistabelle zugegangen.

**Die Wahl** der Abgeordneten erfolgt am 21. und 22. März 1914. An einem dieser beiden Tage ist die Wahlversammlung einzuberufen; ob der Sonntags- oder der Montag-Tag zu nehmen ist, überlassen wir den Ortsvereinen, es muß der Tag genommen werden, wo der zahlreichste Besuch zu erwarten ist. Die Wahl muß in einer Mitgliederversammlung stattfinden und darf höchstens drei Stunden von dem Zeitpunkt an gerechnet dauern, wo der Versammlungsleiter den Wahllast für eröffnet erklärt. Jedes wahlberechtigte Mitglied hat nur eine Stimme, die nicht auf andere übertragbar, sondern von dem Betreffenden selbst abgegeben werden muß. Die Vorstände werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Wahl überall genau nach den Bestimmungen des Statuts vorgenommen wird, damit sich kein Grund zur Ungültigkeitserklärung ergibt.

Gewählt ist derjenige Kollege, welcher die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigt. Derjenige, welcher die relative Stimmenmehrheit erhält, gilt als Stellvertreter.

Der zu wählende Abgeordnete muß mindestens drei Jahre dem Gewerksverein angehören und in dem Bezirk, in welchem er gewählt wird, wohnen.

Die Stimmzettel sowie das Wahlprotokoll sind bis zum 28. März 1914 an den Hauptrevisor A. Günther in Berlin O 113, Rigaer Str. 50/51, zu senden. Spätere Einwendungen werden nicht mitgerechnet.

**Anträge** zur Generalversammlung müssen spätestens am 1. April 1914 in Händen des Bureaus sein. Später eingehende Anträge finden keine Aufnahme in der Tagesordnung.

Die Anträge sind besonders auf einem Blatt Papier zu schreiben und nicht in Gemeinschaft mit persönlichen Angelegenheiten zusammenzubringen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben sein, um ein nochmaliges Abschreiben für den Druck zu ersparen. Der Name des Ortsvereins muß am Kopf des Antrages stehen. Im Antrag selbst ist der Paragraph des Statuts anzuzuführen, auf welchen sich der Antrag bezieht; die Begründung des Antrages ist diesem am Schlusse anzufügen.

Der Hauptvorstand.

Die Ortsvereinsvorstände, welche bis jetzt das Zutrittsverzeichnis noch nicht eingefandt haben, werden ersucht, dieses umgehend nachzuholen.  
Der Hauptvorstand.

**Zur Aushilfe**

haben nachstehende Ortsvereine bzw. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Januar bis einschl. 31. Januar 1914 folgende Zuschüsse erhalten:

- a) **Gewerksvereinskasse:** Aachen 70, — Barth 50, — Berlin 150, — Bochum 20, — Breslau 40, — Bütow 740, — Cöln 30, — Cottbus 80, — Danzig I 275, — Danzig 50, — Dirschau 80, — Döbeln 60, — Dresden 50, — Düsseldorf 100, — Erlangen 120, — Fürth 180, — Gdansk 50, — Halle 45, — Hirschberg 30, — Mannheim 50, — Marienburg 132, — Memel 90, — Osterode 60, — Patschkau 50, — Posen 30, — Radeberg 170, — Rothenburg 75, — Striegau 50, — Thorn 100, — Joffen 50 M.
- b) **Krankenkasse:** Ansbach 100, — Ammendorf 20, — Berlin 250, — Benthien 10, — Biberach 100, — Bremen 10, — Breslau 60, — Cottbus 15, — Elstertal 50, — Dresden 50, — Düsseldorf 100, — Duisburg 50, — Fürth 150, — Gdansk 45, — Karlsruhe 10, — Königsberg 50, — Leipzig 25, — Liebenwerda 40, — Mannheim 50, — Mühlheim 30, — Neu-Ruppin 30, — Nürnberg I 50, — Ortelsburg 20, — Posen 80, — Ratzenow 55, — Rothenburg 125, — Saarbrücken 30, — Schramberg 50, — Spanbau 50, — Pr. Stargard 20, — Staßfurt 80, — Striegau 50, — Ulm 50, — Worms 171 M.
- c) **Begräbniskasse:** Berlin 150, — Danzig I 75 M.

Die Ortsvereinskassierer werden hiermit auf das Bestimmteste ersucht, dem § 37 Abs. 3 des Gewerksvereinsstatuts die nötige Beachtung zu schenken.  
Berlin, den 31. Januar 1914.

W. Ziehl, Hauptkassierer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 6. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

**Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.**


- Freitag, den 6. Februar 1914, abends 8 1/2 Uhr: Allgemeine Konzeptionsstunde im Verbandshaus.
- Sonntag, den 7. Februar 1914: Bezirk Ost und Westfälischer. Abds. 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 65, Bezirksversammlung. Modell- und Fabrikstischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Steiner Str. 50, Branchenversammlung. Nach Schluß derselben: Gemütliches Beisammensein mit musikalischer Unterhaltung. Bezirk E. Adolph u. Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wolfsläger, Adalbertstr. 21, Bezirksversammlung. Bezirk Siegling. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Gerdt, Berlinstr. 1, Bezirksversammlung.
- Mittwoch, den 11. Februar 1914: Bezirk Nord und Bauarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Matiasch, Brunnenstr. 143, Vertrauensmännerversammlung.
- Sonntag, den 14. Februar 1914: Bezirk Nord und Bauarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Matiasch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung. Vortrag des Ingenieurs Herr Sonnenschild über: „Stillstand in der Sozialpolitik.“ Bezirk W. Adolt. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 13, Bezirksversammlung. Bezirk Weisenje. Abds. 8 1/2 Uhr, Sedanstraße 19, Ed. Elagier, b. Wiedemild, Jagelabend.
- Sonntag, den 15. Februar 1914: Einber. vom 10 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalder Str. 221/23, Branchenversammlung. Wahl der Branchenkommision. Vollständiger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die „Amtliche Beilage“ bei, welche dem Ausverkauf sofort einzuhändigen ist.

**Anzeigen.**

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Diese gute 6 Pf.-Zigarre kostet bei mir nur 3,— M. per 100 Stück.



100 St. feine 7 Pf.-Zigarren 3,30 M., 100 St. feine 8 Pf.-Zigarren 4,— M., 100 St. feine 10 Pf.-Zigarren 5,— M., 100 St. feine 12 Pf.-Zigarren 6,— M. Feinste Zigaretten zu billigen Preisen hergestellt, weil ich ganze Lager aus Vorkaufspreisen und ankaufe.

Ein Besuch hier zu demselben Zwecke. 500 Stück gratis. Aufnahmestelle für den Verkauf von 100 Stück an.

Th. Peiser, Verbandshaus, Berlin S. 4, Neue Schönhauser Straße 16. Begr. 1886.

Das hübsche  
**Taschenbuch**  
der Deutschen Gewerksvereine  
**1914**  
ist immer noch zu haben.

Jeder Gewerksvereiner sollte es als seine Pflicht ansehen, sich in den Besitz des Taschenbuchs zu setzen. Das Buch ist in ganz Leinen gebunden und mit schönem Titelschmuck versehen. Es kostet trotz seines reichen Inhalts und der vornehmen Ausstattung nur 30 Pf. In Partien von wenigstens 10 Stück bezogen kostet das Stück nur 25 Pf. — Das Geld ist zu senden an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO 55, Greifswalder Strasse Nr. 221/23. — Auf dem Postabschnitt ist zu schreiben: Für ... Exemplare Taschenbuch 1914. — Postanweisungen bis 5,— M. kosten nur 10 Pf. Porto

**Ortsverein Henfölln.**  
Sonntag, den 14. Februar 1914  
b. Kramer, Brunnstraße 139.

**Berjammlung.**  
Bericht über die letzten Ereignisse  
Der Ausschuss

**Bremen.**  
Das Jahresbericht des Ortsvereins  
am Sonntag, den 14. Februar 1914  
b. Kramer, Brunnstraße 139.

**Berufsorganisation — Staatsbürgerpflicht**  
Der denkende Arbeiter und Angestellte erfüllt beide Pflichten, braucht beide Waffen zu seiner Wehrhaftigkeit und politischen Befreiung. Er liest und unterstützt deshalb auch

**„Die Wacht“**  
Wochenschrift der liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung.  
Spendenkonto: Arbeitersekretariat Amt. Erkelenz.

Man bestellt bei der Post zum Preise von 75 Pf. vierteljährlich oder beim Verlag L. Müller-Magdeburg, Rathenowerstraße 2-3.

Bestell- und Anzeigengeld für die Redaktion: H. Schumacher, Postfach 20, Greifswalder Straße 221, 223. — Druck von Anton Bertucci, Berlin N, Brunnenstraße 188/90.

25 Pf. — Das Geld ist zu senden an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO 55, Greifswalder Strasse Nr. 221/23. — Auf dem Postabschnitt ist zu schreiben: Für ... Exemplare Taschenbuch 1914. — Postanweisungen bis 5,— M. kosten nur 10 Pf. Porto

**Englisch — Italienisch**

oder französischer Zeitung. Dazu eignen sich ganz besonders die vorzüglich redigierten u. bestempfohlenen zweisprachigen Lehr- und Unterhaltungsblätter

Le Traducteur  
The Translator  
Il Traduttore

Probestunden für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

am 1. Januar 1914  
der Tagesblätter

**Ernst Schulze**  
im 51. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Verwaltung  
des Ortsvereins Berlin.